wenn sich die Notwendigkeit hierzu aus der Änderung des Investitionsplanes oder des Produktionsplanes einzelner Betriebe ergibt.

(2) Änderungen dieser Art gelten stets mit Beginn des nächsten Kalendervierteljahres,

(3) Die Planträger haben die notwendig werdenden Änderungen der Zentralen Leitung der Volkseigenen Handelszentrale Schrott bis zum 15. Tage vor Beginn des Kalendervierteljahres bekanntzugeben,

(4) Die Zentrale Leitung der Volkseigenen Handelszentrale Schrott hat die Änderungen ihren zuständigen Betrieben (Niederlassungen) unverzüglich mitzuteilen.

(5) Die Änderung der nach § 3 Abs. 3 der Verordnung geschlossenen Verträge darf wegen Änderung der ihnen zugrunde liegenden Planaufgabe nur beantragt werden, wenn der zuständige Planträger seiner Verpflichtung gemäß Abs. 3 nachgekommen ist,

§ 2

(1) Die Räte der Kreise haben die Aufteilung des ihnen übergebenen Planes für das Schrottaufkommen unverzüglich dem örtlich zuständigen Betrieb (Niederlassung) der Volkseigenen Handelszentrale Schrott bekanntzugeben.

(2) Die Räte der Kreise haben Änderungen der Aufteilung im Sinne des § 1 Absätze 1 und 2 dem örtlich zuständigen Betrieb (Niederlassung) der Volkseigenen Handelszentrale Schrott bis zum 15. Tage vor Beginn des Kalendervierteljahres bekanntzugeben.

(3) Für die Änderung von Verträgen zwischen den Betrieben der volkseigenen örtlichen Industrie und den Betrieben (Niederlassungen) der Volkseigenen Handelszentrale Schrott gilt § 1 Abs. 5 entsprechend,

§ 3

(1) Zur allseitigen Förderung der Schrotterfassung haben die Volkseigene Handelszentrale Schrott und die von ihr beauftragten privaten Schrotthändler Vereinbarungen über die Festlegung von Einzugsbereichen zu treffen.

(2) Die privaten Schrotthändler sind verpflichtet, den in ihrem Einzugsbereich anfallenden Schrott restlos zu erfassen,

§ 4

Die Schrottbeauftragten bei dem Ministerium für Schwerindustrie und dem Ministerium für Maschinenbau können mit Zustimmung des Hauptdirektors der Zentralen Leitung der Volkseigenen Handelszentrale Schrott als Schrottbeauftragter der Republik Schrottbeauftragte in Großbetrieben im Sinne des § 5 der Verordnung zur Wahrnehmung ihrer Funktionen gegenüber anderen Betrieben ihres Ministeriums ermächtigen.

§ 5

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 20. Juli 1954

Ministerium für Schwerindustrie
S e l b m a n n
Minister

Dritte Durchführungsbestimmung * zur Verordnung über die vereinfachte Erhebung der Körperschaftsteuer im Bereich der volkseigenen Wirtschaft

Vom 5. August 1954

Auf Grund des § 6 der Verordnung vom 30. April 1953 über die vereinfachte Erhebung der Körperschaftsteuer im Bereich der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 653) wird folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 (Abrechnung der Feldbaugüter) der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 8. Juli 1953 zur Verordnung über die vereinfachte Erhebung der Körperschaftsteuer im Bereich der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 869) werden außer Kraft gesetzt.

(2) Die Körperschaftsteuer der volkseigenen Feldbaugüter ist entsprechend der Ersten Durchführungsbestimmung vom 30. April 1953 zur Verordnung über die vereinfachte Erhebung der Körperschaftsteuer im Bereich der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 654) abzuführen.

§ 2

Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. September 1954 in Kraft,

Berlin, den 5. August 1954

Ministerium der Finanzen
M. S c h m i d t
Stellvertreter des Ministers

Vierte Durchführungsbestimmung ** zur Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften.

— Wegfall der Wohnraumerfassung im Arbeiter-
wohnungsbau —

Vom 4. August 1954

Auf Grund des Abschnittes VI Ziff. 1 der Verordnung vom 10. Dezember 1953 über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften (GBl. S. 1219) wird in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Förderung des Arbeiterwohnungsbaues (Abschnitt II der Verordnung) folgendes bestimmt:

§ 1

Der Wohnraum in Gebäuden der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften und in Eigenheimen, die unter eigener Mitarbeit von Arbeitern und Angestellten nach den Bedingungen der Verordnung vom 4. März 1954 über die Finanzierung des Arbeiterwohnungsbaues (GBl. S. 253) gebaut worden sind, unterliegt in Würdigung der eigenen Leistungen der Arbeiter und Angestellten nicht der Wohnraumerfassung durch die zuständigen Wohnungsbehörden,

§ 2

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. August 1954

Ministerium für Arbeit
M a c h e r
Minister

* S. Durdfb. (GBl. »SS S. 869)
** S. Durdfb. (GBl. S. 581)